

**Landesbibliothek Oldenburg**

**Digitalisierung von Drucken**

**Der Oldenburgische Volksfreund**

**Oldenburg**

No. 45, 6. Juni 1849

**urn:nbn:de:gbv:45:1-4866**

Der

# Oldenburgische Volksfreund.

Mittheilungen aus allen Gebieten des öffentlichen Lebens.

Erster Jahrgang.

Er scheint wöchentlich zweimal, am Mittwoch und Sonnabend, jedesmal einen halben Bogen stark. — Preis für das Quartal 18 Grote, durch die Post bezogen 24 Grote Courant. — Bestellungen werden von allen Postämtern, so wie von der Verlagsbuchhandlung angenommen.

## Gedanken über unsere künftige Kirchen-Verfassung.

Die Protokolle der Synode enthalten zwar nur die Anträge und Beschlüsse, indeß mit Hülfe der angehängten Ausschussberichte und einiger Kenntniß der Personen und Verhältnisse läßt sich doch der Stand der Synodalsache und damit die Zukunft unserer Kirche einigermaßen beurtheilen.

Daß die radikal-demokratische Parthei in der Synode stark vertreten sein werde, ließ sich schon aus dem Resultat der Wahlen abnehmen, und es war gewiß, daß diese Parthei Alles daran setzen werde, um in dem wichtigen kirchlichen Gebiet, wo keine Verfassung zu vereinbaren, sondern frei zu schaffen ist, ihre Grundsätze zur Geltung zu bringen, nachdem ihnen auf dem politischen Boden dies nicht genügend gelungen war. Indes konnte man doch bezweifeln, daß dieselben die Oberhand gewinnen würden, weil die 14 Geistlichen, wenn sie, wie sich erwarten ließ, zusammenhielten, nur weniger Stimmen von den 21 Weltlichen bedurften, um in der Majorität zu sein. Daran knüpften denn Einzelne Besorgnisse, Andere Hoffnungen. Beide sind aber jetzt ziemlich umgekehrt, denn die Demokraten sind in entschiedenem Vortheil.

Zunächst stehen zu ihnen die Schullehrer. Der Volksschullehrerstand ist durch die Umwälzungen des vorigen Jahrs und ihre Folgen in einen Zustand besonderer Erregtheit gebracht. Die steten, nicht grundlosen Reden von der hohen Wichtigkeit der Volksbildung, von der Knechtschaft, in der die Lehrer schmachteten, mußten die schon früher geweckte Emancipationsluft steigern und verbreiten, und es kann nicht auffallen, wenn die Streb-

samern unter ihnen, wo nicht Einsicht und Demuth das Gleichgewicht hält, einem Schwindel unterliegen, der nach den Verhältnissen sich äußerlich erkennbar macht oder ein bloß innerlicher bleibt. Die der Eigenliebe schmeichelnde Stellung in der Synode, wo sie, vom Volke erwählt, neben den Geistlichen, ihren bisherigen Oberen, sitzen und über deren künftige Stellung mit entscheiden, reizt noch besonders zu Opposition gegen diese. So hatten denn wohl die Demokraten mit ihnen ein leichtes Spiel. Denn die Erkenntniß, daß der Lehrerstand, besonders nachdem das Staatsgrundgesetz verständlich genug gewesen ist die Verbindung zwischen Kirche und Schule zu erhalten, auch ferner in eigenem Interesse sich den Geistlichen anschließen und deren Einfluß möglichst zu vermehren suchen muß, setzt einen weitem Blick voraus.

Eben so leicht waren die nicht ohnehin schon der demokratischen Parthei angehörenden Landleute zu gewinnen. Das Gespenst der Hierarchie mit grellen Zügen zu malen ist keine schwierige Aufgabe. Die Annehmlichkeit einer möglichst ausgedehnten Selbstregierung der einzelnen Gemeinden faßt der schlichte Verstand eben so leicht, als es ihm schwer wird die wahre Freiheit von der falschen zu unterscheiden.

Damit ist denn schon eine bedeutende Zahl, wenn auch noch nicht die Hälfte der Stimmen, vereint, und von den Weltlichen bleiben nur die wenigen unabhängigen Nichtdemokraten aus dem Beamtenstande, die mit den 14 Geistlichen den Ausschlag geben müssen.

Allein, seltsam genug, unter den Geistlichen selbst scheint eine Schwankung eingetreten zu sein nach der demokratischen Seite hin. Den Mangel an parlamentarischer Klugheit und Gewandtheit, das Verschmähen ihrer der geistlichen Würde nicht entsprechenden Mittel konnte

ein fester entschiedener Wille decken. Der aber scheint eben zu fehlen. Sei es Ungewißheit, was gegen den Drang der Demokraten und ihres Anhangs für die Kirche überall noch zu retten sei und ein voreiliges Verzagen, der größte Fehler im Partheienkampfe, zu welchem die Synode doch nun einmal nöthigt, sei es ein gewisser Edelmuth, jeden Schein hierarchischer Absichten vermeiden zu wollen, oder ein augenblicklicher, durch den Verkehr mit gewandten, begabten Gegnern entstandener Zweifel gegen die eigne Einsicht, genug, wir finden in manchen Abstimmungen auch mehrerer Geistlichen ein bedenkliches Hintansetzen Desjenigen, was man unbefangenen Blicks für die Kirche nothwendig halten sollte.

Das konnte denn wohl auch auf das kleine Centrum der Weltlichen nicht ohne Einfluß bleiben. Dinehin ist mit dem Entschluß, seinen Verstand dem Besten der Kirche zu weihen, noch nicht Alles da. Man muß auch ein Herz für die Kirche haben, und das kann man sich nicht geben, das kommt nur durch genährten kirchlichen Sinn.

So werden wir denn wahrscheinlich eine radikal-demokratische, wenn man will, republikanische Kirchenverfassung erhalten, noch demokratischer als der sogenannte „gereinigte“ Entwurf, also gerade das entgegengesetzte Extrem der bisherigen Verfassung. Ob es gelingen wird, dabei die Kirche in ihrem umfänglichen Bestand zu erhalten oder ob damit der Weg zu Nebenkirchen und Sondergemeinden gebahnt ist, was die Republikaner vielleicht wünschen; ob die Geistlichkeit und die Kirchengemeinden in dem neuen Bau sich wohl befinden werden; wer in dem Organismus zur eigentlichen Macht gelangen, oder ob um diese Macht ein heißer Kampf entbrennen wird; ob andere Staaten sich unsere Verfassung werden zum Muster oder zum warnenden Beispiel dienen lassen: das Alles haben wir dann von der Zukunft zu erwarten. Möchten alle Befürchtungen, zu denen die Lage der Dinge Anlaß giebt, unbegründet sein!

### Gespräch über die Synode

zwischen

dem Prediger F. und dem Landmann W.

(S c h l u ß.)

W. Sie haben bei unserer letzten Unterredung mehrfach von kirchlicher Demokratie gesprochen, und zu einer andern Zeit gesagt, daß Sie der Entwicklung des kirchlichen Lebens unter dem Einflusse dieser Demokratie nicht trauten. Darüber möchte ich mir eine Erklärung ausbitten.

F. Ich will Ihnen meine Ansicht kurz darüber mittheilen. Auch ich sage: Das Bedürfniß des Volkes in bürgerlicher und kirchlicher Hinsicht ist der Herr, der die Gesetze giebt, verändert, auslegt und anwendet, und alle Verwaltungsbeamten leben und wirken nur für das Volk, wir sind überhaupt zu nichts Anderem da in der Welt, als zu dienen. Aber wie das Bedürfniß des Volkes seine Geltung finden soll bei der Verwaltung, das ist die Frage.

Die Demokraten sagen: Das Volk muß selbst die Verwaltung in die Hand nehmen, muß die Gesetze geben und anwenden. Das ist das Sicherste. Das kann das ganze Volk aber nicht. Folglich muß ein Ausschuß da sein, frei gewählt vom Volke. Das Volk wählt dazu die Besten durch Stimmenmehrheit — also die Aristokratie wird eingeführt. Wird es die Besten treffen? Das ist ungewiß, die Verstellung ist groß, die Veränderung des Menschen schnell, Leidenschaft ein schlimmer Feind, und die Lebensverhältnisse sind und bleiben unnatürlich. Was ist also nöthig? Eine Macht, die leitend eingreift, hemmt und bessert. Wo ist diese Macht zu finden? Die Demokratie sagt wieder: im Volke, dreht sich also im Kreise und kommt nie zur Ruhe. Wo ist diese Macht in kirchlicher Hinsicht? Die Demokratie sagt wieder: im Volke. — Was ist denn eigentlich diese Demokratie, oder wer sind die Demokraten? Das sind, die sich fähig halten, die Welt zu regieren, die fertig sind mit ihrer Lebensansicht und darum die Berwegenen. Die meisten findet man unter der lebenswürdigen verzogenen Jugend. Andere sind Eigennütige, welche im Trüben fischen wollen. Noch andere Ingrimme, von alten Verhältnissen Gedrückte. Noch andere edle Menschenfreunde, welche glauben, auf keinem andern Wege sei der Fortschritt zu gewinnen. Diese Alle wirken auf das Volk ein, regen es auf zur Selbstherrschaft, und, obgleich sie es fast bei jeder Wahl erkennen, wie wenig Lust das Volk dazu hat und in der Folge erkennen werden, wie undankbar das Volk ihre Mühe vergilt, so hören sie doch nicht auf. Das Ziel ist gut: „Das Glück des Volkes ist nur da, wenn seine Bedürfnisse die entscheidendste Berücksichtigung finden.“ Aber der Weg taugt nicht. Auf dem bürgerlichen Gebiete suchen sie die Bürokratie (die Beamtenwelt) zu verdächtigen; auf dem kirchlichen die Geistlichkeit; suchen sie gefeßlich unter das Volk zu stellen und dem Volke ein anderes Richteramt zu geben, als ihm Gott gegeben im freien Urtheil und Ausdrücke der Achtung oder Nichtachtung und in der Controлле befähigter Behörden. Dies Richteramt liegt in der Wahl der Beamten und in der absehbaren Mißtrauenserklärung. Auf dem bürgerlichen Gebiete, im Staate, ist es den Demokraten nicht gelungen, dies Richteramt zu gewinnen für das

Volk, denn der Fürst wählt die Beamten und hält sie, wenn er will, trotz allen Mißtrauensadressen. Auf dem kirchlichen scheint es ihnen gelingen zu wollen, denn das Eine haben sie schon ganz, die Wahl, und den Einfluß der Mißtrauenserklärung auf die Stellung der Geistlichen in der kirchlichen Gemeinerverwaltung zum Theil. — Wer wird da das Ruder führen bei der Unlust des Volkes zur Selbstherrschaft und bei der Wandelbarkeit seiner Ansichten unter eifriger Bearbeitung? — Niemand anders als die Demokraten. Sehen Sie, das macht mich vor der Praxis bange.

**W.** Was meinen Sie denn, wer sollte die Wahl der Kirchenbeamten und das Richteramt über ihre Stellung haben?

**F.** Der Fürst des kirchlichen Lebens, der aus freier Wahl der Synode hervorgegangene, und wie wir annehmen, aus dem Glaubens- und Tugendgeiste der Schrift geborne Oberkirchenrath des Landes. Der muß, befähigt durch zeitweise eigene Visitation und den offenen Bericht der Kreisynode, deren Glied der Gemeinikirchenrath ist, wählen, stellen, absetzen, unter Controlle der General-synode. Glauben Sie nur, das ist der einzige, sichere, würdige Weg zu einem gedeihlichen kirchlichen Leben. Das andere heißt: Wind säen und Sturm ernten.

†

### Durchführung der Reichsverfassung.

Unsre Abg. Rüder und v. Buttell sind aus der Nationalversammlung ausgeschieden und haben die Motive ihres Austrittes (theils mündlich, theils durch den Druck) öffentlich ausgesprochen. In klarer und anschaulicher Weise setzt namentlich v. Buttell in einem in den N. Blättern abgedruckten Briefe an seine Wähler den Stand der Dinge dar, wie sie durch den Beschluß vom 26. Mai eine veränderte Gestalt angenommen haben. Wir weisen unsre Leser auf dieses Schreiben hin und halten es für überflüssig, jene beiden Ehrenmänner weiter zu rechtfertigen. Jeder, der nicht von vorgefaßten Meinungen eingenommen ist und mit Ruhe die Sachlage erwägt, wird und muß erkennen, daß sie ausgehalten haben, so lange noch eine Hoffnung und eine Möglichkeit vorhanden war, daß die Nationalversammlung auf gesetzlichem (d. i. auf dem allein für sie möglichen) Wege irgend etwas zum Heile Deutschlands ausrichten konnte; daß sie aber ausgeschieden sind, um, so viel an ihnen liegt, ungesetzliche, ja hochverräterische Unternehmungen nicht länger mit dem Schilde ihres Namens zu decken. — Wie es aber in

Baden aussieht, darüber spricht sich die Deutsche Zeitung so aus.

Daß der ganze Lärm um die Reichsverfassung in dem Munde dieser Leute (Brentano u.) nur ein Hokuspokus sei, womit man kaum politische Kinder täuschen kann, diese Einsicht fängt an in Baden selbst die vorwiegende und allgemeine zu werden; daher die peinliche und gepresste Stimmung unter allen denen, die nicht Wähler von Profession sind und jetzt vergeblich fragen, zu welchem Zwecke der Aufstand vom 13. Mai angerichtet worden? Zu welchem Zwecke — diese Frage wird selbst dort keine eheliche und genügende Antwort finden, wo man die Fäden des Aufrehrs in Händen hielt, und zwar deshalb nicht, weil das ganze Spiel ein falsches und zweideutiges ist. Man möchte eine südwestliche Winkelrepublik, allenfalls unter französischem Schutze, hat aber aus guten Gründen den Muth nicht, das ehrlich herauszusagen; man sucht für's Erste noch dem Michel einzureden, es handle sich nur um einen Kampf für die Reichsverfassung, für eben die Reichsverfassung, die keine empfindlicheren Wunden erhalten hat, als durch die Putsche zu Dresden und Rastatt. Man wagt es nicht, das Wort Republik auszusprechen, weil das rebellische Militair dann rasch wieder aus „edlen Brüdern“ sich in „verthierte Söldlinge“ umwandeln würde.

So wahr und ehrlich wie in dieser Frage ist der provisorische Landesauschuß in allen Dingen. Er wirft einer Regierung, welche die Grundrechte zuerst publicirt und noch vor der Publikation zum Theil in Wirksamkeit gesetzt hat, ganz dreist vor, es sei nichts für die Durchführung der Grundrechte geschehen; prüfe man einmal seine eigne Handhabung der Grundrechte und man müßte über jene Dreistigkeit lächeln, wenn ein solches Spiel mit Sitte und Recht nicht zu empörend wäre. „Heilig ist das Eigenthum,“ schreibt man dem amtlichen Blatte an die Stirne: und doch ist dies Blatt selbst fremdes Eigenthum, das man zum Nutz und Frommen der Freiheit, des Wohlstandes und der Bildung für Alle sofort für sich in Beschlag genommen hat. „Alle Gemeinden sind frei,“ heißt es prahlerisch und in demselben Athem kassirt man freigewählte Gemeindebehörden und ersetzt sie durch diktatorische Kommissäre, die politisches und sittliches Vertrauen weder genießen noch verdienen. „Die Volksbewaffnung ist allgemein,“ verkündet ein anderer Ukas — und in demselben Blatte wird die Karlsruher Bürgerwehr aufgelöst. „Die Presse ist frei, über Preßvergehen urtheilen Geschworne,“ so lautet das neue Reichsgesetz, das alle frühern Bestimmungen aufhebt; daneben ist aber, selbst wenn man an die Blittersdorfsche Zeit denkt, die Presse nie so unfrei gewesen, wie in diesem Augenblicke. Auf

allen konstitutionellen Blättern lastet das Joch einer schlimmen Censur, als weiland die Uria'sche war; wenn ihnen ihre Ruhe lieb ist, müssen sie vor dem Terrorismus verstummen, jedes eignen Urtheils sich enthalten und sich lediglich darauf beschränken, die Thatfachen und Raisonnements anzugeben, welche ihnen die amtliche Presse octropirt. „Das Briefgeheimniß ist unverleglich,“ heißt es in den deutschen Grundrechten; inzwischen laufen aber allerwärts Klagen ein, daß die Agenten des Vollziehungsausschusses theils Briefe öffnen, theils sie mit einem großmüthigen und aufrichtigen „Kann passiren“ auf der Außenseite versehen. — Die badische Bewegung hat nur noch insofern etwas eigenthümlich Badisches, als das unglückliche Land abermals dazu bestimmt ist, der blutige Kampfplatz zu werden. So wie der ganze Aufstand vom 13. Mai keinen Sinn hatte, wenn er auf Durchführung der Reichsverfassung abzweckte, so hatte er einen ganz guten Sinn, wenn man ihn als ein mühsam vorbereitetes Werk von langer Hand, als den wiederholten und diesmal zu günstiger Zeit losgelassenen Versuch der republikanischen Partei ansieht. Baden ward ausersehen, weil dort der Boden am besten unterwühlt, das Heer am wenigsten zuverlässig, die Lage und Umgebung die günstigste war. In der Rheinpfalz waren schon verwandte Zustände, in Hessen liegen die Versuche Aehnliches zu bereiten handgreiflich vor; in Würtemberg wird man nicht müßig bleiben. Keine Nachgiebigkeit der Regierungen in der deutschen Frage, keine Anerkennung der Verfassung wird eine Schutzwehr sein gegen den revolutionären Operationsplan, der vor Allem den deutschen Süden und Westen muß als Basis zu gewinnen suchen. Die revolutionaire Taktik hat ihre Posten durch einen großen Theil von ganz Europa aufgestellt: Polen, Ungarn, Franzosen werden mit hinzugezogen zu dem Kampfe für die „deutsche Reichsverfassung.“

### Aus dem Residenzleben.

Trotz der ernsten Zeiten ist der Lebensmuth und Frohsinn der Oldenburger noch nicht ganz gewichen. Da in diesem Jahre mit dem Militaire zugleich unsre Musik fortgegangen ist, so kam das Musikcorps der Gebr. Kittler dem vergnügungsfüchtigen Publicum zu sehr gelegener Zeit. Seine Anwesenheit wird daher auch gehörig benutzt zu Arrangements von Gartenkonzerten und Bällen, unter denen wir besonders den am zweiten Pfingsttag im

Casino stattgefundenen Schutzwehrball hervorheben, an welchem die Wehrmänner in voller Uniform Theil nahmen (d. h. die Bürgerwehr in blauen und weißen Kitteln). Außerdem giebt im Theater der Tausendkünstler Bosko seine Vorstellungen aus der Aegyptischen Zauberei und in Eversten ist für den Sommer von dem Schauspieldirector Fürst ein Sommertheater errichtet.

### Aus dem Manifest der deutschen Demokraten im Ausland.

Die Allmacht des Staates über alle ökonomischen und gesellschaftlichen Verhältnisse soll er vor Allem darin beweisen, daß er die Verkehrswege, Eisenbahnen, Kanäle, Straßen an sich nimmt und jede Fabrik, in welcher die Arbeit stille steht, für seine eigne Rechnung betreibt. Die Uebernahme der landwirthschaftlichen Production durch den Staat wird durch Uebernahme der Domänen und großen Feudalgüter eingeleitet. Die Umgestaltung der jetzigen gesellschaftlichen Zustände muß durch eine Umgestaltung der Bildung, der Erziehung und des Unterrichts begründet und dauernd gemacht werden. Die Religion, welche aus der Erziehung verdrängt werden muß, soll auch aus dem Gemüthe des Menschen schwinden. Die Revolution vernichtet überhaupt die Religion, indem sie die Hoffnung auf den Himmel durch die Freiheit und Wohlfahrt Aller auf Erden überflüssig macht. Diese Partei will nicht Freiheit des Glaubens, sondern die Nothwendigkeit des Unglaubens.

Darauf antwortet Luther:

„Jede Nation hat ihre sonderlichen Gebrechen und Laster, so darin gemein sind und regieren. Unsre deutsche Gewohnheit hält also, daß wir auf Allerlei neue Dinge fürwichtig und jachgierig sind. Es mangelt auch dieser Schwärmerei nichts denn daß sie neu ist; denn wir Deutschen sind solche Gefellen. Was neu ist, da fallen wir auf und handeln wie die Narren und wer uns wehret, der macht uns nur toller darauf. Wenn aber Niemand wehret, so werden wir's selbst satt und müde, gaffen darnach auf ein ander Neues. So hat der Teufel den Vortheil, daß keine Lehre noch Traum so ungeschickt kann aufkommen, er findet Schüler dazu, und je ungeschickter, je eher.“

An die Stelle des aus der Synode ausgetretenen Herrn Brader ist Herr Conf. Rev. Lipsius gewählt. —

Der

# Oldenburgische Volksfreund.

Mittheilungen aus allen Gebieten des öffentlichen Lebens.

Erster Jahrgang.

Er scheint wöchentlich zweimal, am Mittwoch und Sonnabend, jedesmal einen halben Bogen stark. — Preis für das Quartal 18 Grote, durch die Post bezogen 24 Grote Courant. — Bestellungen werden von allen Postämtern, so wie von der Verlags-Handlung angenommen.

## Die Landtagswahlen.

Je unbestrittener es ist, daß Grundsätze erst in ihrer praktischen Anwendung ihren Werth beweisen und Segen oder Unsegen nach sich ziehen, um so wichtiger sind die Wahlen zum ersten Landtage. Denn auf diesem handelt es sich um die Durchführung der im Jahre 1848 zur Geltung gekommenen Grundsätze im Gebiete der Gesetzgebung. Vor allem handelt es sich um ein Gesetz, das so tief wie keines in's Leben eingreift — um die Gemeindeordnung. Die großen politischen Fragen und Kämpfe gehen über die Köpfe der größten Mehrzahl hinweg, ohne sie viel zu berühren; aber Gemeindeverhältnisse berühren jeden Einzelnen, der einer Gemeinde angehört, und müssen ihn berühren. Ob der künftige Kaiser ein absolutes oder suspensives Veto hat, ob die Reichskasse durch Matrilinearbeiträge oder durch Einnahme aus den Zöllen gefüllt wird, ist für die Meisten eine gleichgültige Sache; ob aber der Kirchspielsvogt künftig das Recht haben wird Pfänden zu lassen, Vergantungen bis zu 100  $\text{fl}$  abzuhalten, oder nicht, wie viel Macht er haben wird um eine Domicilirung zu verhindern oder zu begünstigen, wie die Gemeindesteuern aufgebracht werden, ob die Wahlen zum Ausschuss ganz frei oder an einen Censur gebunden sind, dergleichen Bestimmungen sind von größtem Belange für jedes Gemeindeglied. Erst wenn das Gemeinwesen gut und zur allgemeinen Zufriedenheit eingerichtet ist, ruht der Staat auf einem sichern Boden; denn die Festigkeit und Dauerhaftigkeit eines Gebäudes hängt von dem Fundamente ab, auf dem es erbaut ist. Das mag trivial sein, es bleibt dennoch wahr, und es stände viel besser um die Welt, wenn die trivialen Wahrheiten mehr berücksichtigt würden.

Auf unsern Wahlmännern ruht deshalb eine große moralische Verantwortlichkeit. Es thut bei diesem Landtage vor Allem Noth Männer für ihn zu wählen, die außer einem redlichen Willen auch Sachkenntniß und Erfahrung besitzen. Phrasen und Redensarten von Löwenmuth und Kanonendonner sind überflüssig; man ist ihrer schon so gewohnt, daß sie keinen Eindruck mehr als den des Lächerlichen machen. Man verlangt dafür, praktische Vorschläge zu hören, Vorschläge, die aus einer Einsicht in das wirkliche Bedürfniß des Volkes, und nicht aus theoretischen Schwindeleien hervorgegangen sind. Man verlangt einen Fortschritt, aber kein Fortrennen, kein Zagen und Haschen nach einem Ziele, das in der Luft schwebt. Von der Haltung und dem Benehmen des diesjährigen Landtages hängt es wesentlich ab, ob das Volk seine Repräsentativ-Verfassung lieb gewinnt und schätzen lernt, oder ob es sich wieder nach dem alten Systeme zurücksehnen wird, das, wie man sich nicht verhehlen darf, noch immer viele Freunde zählt. Wie wenig das Volk sich noch selbst um seine eigenen Zustände bemüht, beweist die geringe Theilnahme bei der Wahl für einen Landtag, der die wichtigsten Lebensfragen entscheiden soll. Und diese geringe Theilnahme in einer Zeit, die so aufgereggt ist! Wenn dies am grünen Holze geschieht, was wird erst am dürren werden! Fast alle Wahlmänner sind aus Minoritätswahlen hervorgegangen, oft aus einer, Gott verzeihe es, imposanten Minorität! Die Verantwortlichkeit der Wahlmänner wird nur um desto größer. So wissen z. B. die 22 Wahlmänner der Landgemeinde Oldenburg, daß sie 21 Urwählern ihre Eigenschaft verdanken, sie sind aber in ihrem Gewissen verpflichtet, auch für die 500 übrigen Urwähler, die Gott weiß aus welchen Ursachen nicht